

Rede von Miriam Mona Müller für UN Women Deutschland zu „20 Jahre Sicherheitsrats-Resolution 1325: Zwischenbilanz und Herausforderungen der Agenda Frauen, Frieden, Sicherheit“

Anlass: Sitzung des Unterausschusses „Zivile Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und vernetztes Handeln“ des Auswärtigen Ausschusses am 11.05.2020.

(es gilt das gesprochene Wort)

Begrüßung

Sehr geehrter Vorsitzender, sehr geehrte Abgeordnete, sehr geehrte Anwesende, zunächst möchte ich mich für die Einladung zu dieser Sitzung bedanken.

Vor 60 Jahren rief die schwarze US-Politikerin Shirley Shisholm immer wieder Frauen dazu auf: Wenn Euch kein Platz am Verhandlungstisch angeboten wird, nehmt einen Klappstuhl und setzt euch dazu. Mittlerweile ist es 2020 und Frauen sind es leid, ihren eigenen, knarrenden Klappstuhl an die Verhandlungstische zu bringen. Sie sind es leid, sich diesen Platz bei Friedensverhandlungen hart erkämpfen müssen und ihre Teilnahme immer wieder zu rechtfertigen.

Einleitung

Unsere Analyse der 20 Jahre zu Frauen, Frieden und Sicherheit zeigt deutlich, es existiert eine signifikante Diskrepanz zwischen den normativen Bemühungen der Bundesregierung und der tatsächlichen Implementierung¹. Zum einen sehen wir ein großes Defizit bei der Umsetzung von präventiven Maßnahmen. Wiederaufflammende Konflikte können nur dann verhindert werden, wenn geschlechterbasierte Gewalt sowie geschlechterspezifische Anforderungen an Sicherheit in die Planung von Präventionsprogrammen mit aufgenommen werden. Zum anderen mangelt es weiterhin an der Teilhabe und Diversität von Frauen innerhalb der Sicherheitsarchitektur. Wir begrüßen zwar Initiativen des Auswärtigen Amtes und des BMZs mit Netzwerken des Globalen Südens auf Augenhöhe zusammenzuarbeiten. Jedoch fordern wir die gesamte Bundesregierung auf, ressortübergreifend Verantwortung zu übernehmen. Damit in allen Bereichen von friedenssichernden Maßnahmen Frauen gleichberechtigt vertreten sind. Denn laut einer UN Women Studie, waren von 1990 bis 2017 nur 8% Frauen als Verhandlungsführerinnen an Friedensprozessen beteiligt. Und nur 2% als Mediatorinnen. Die Barrieren, die einer vollwertigen Partizipation von Frauen im Weg stehen, sind seit der Verabschiedung der ersten Resolution also nicht abgebaut worden: Frauen müssen selbstbestimmt handeln können und dürfen nicht bevormundet werden. Ihnen muss keine Stimme gegeben werden, sie besitzen bereits eine Stimme. Frauen muss aktiv zugehört werden. Ihre Stimme muss endlich in den Friedensprozessen als wertvoller Beitrag anerkannt

¹ UN WOMEN (2015) "Preventing Conflict Transforming Justice Securing the Peace - A Global Study on the Implementation of United Nations Security Council resolution 1325." New York: UN Women.

werden. Bisher werden Frauen jedoch zu oft zum Schweigen gebracht – psychisch und physisch.

Internationale Abkommen: CEDAW & die Agenda 2030 der Vereinten Nationen

Auch muss Deutschland endlich seinen Verpflichtungen der Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women, kurz CEDAW, nachkommen. CEDAW stellt ganz klar eine rechtlich bindende Verpflichtung für ihre Vertragsstaaten dar. So fordert beispielsweise Artikel 7, die Beseitigung der Diskriminierung im öffentlichen und politischen Leben ein. Es ist nun wirklich an der Zeit, dass die Bundesregierung endlich eine intersektionale Strategie zur Gewaltprävention einleitet und es so ermöglicht, dass Menschenrechtsverteidiger*innen marginalisierter Gruppen ohne Sicherheitsbedenken an Friedensprozessen teilnehmen können. Der aktuelle Alternativbericht der CEDAW Allianz zeigte jedoch, dass die Bundesregierung dieser rechtlichen Verpflichtung nicht ausreichend nachkommt. Beispielsweise werden die Perspektiven und Bedürfnisse von mehrfach diskriminierten Gruppen, wie z.B. Mädchen mit Behinderungen, Schwarzer Frauen oder Geflüchteter LGBTQI nur marginal in friedenssichernde Maßnahmen der Bundesregierung aufgenommen. Damit die WPS-Agenda in der Praxis wirken kann, ist daher nach unserer Auffassung, die vorbehaltlose Verknüpfung zwischen 1325 und CEDAW unabdingbar.

Ebenso sehen wir eine fehlende Verknüpfung zwischen der Agenda zu Frauen, Frieden und Sicherheit und der Agenda 2030 der Vereinten Nationen. Neben dem globalen Bericht, der mit BMZ Mitteln ermöglicht worden ist, veröffentlichte UN Women 2019 ein Diskussionspapier zur Umsetzung zur Geschlechtergerechtigkeit, Ziel 5 der Agenda 2030 in Deutschland². Die Studie zeigt deutlich, dass bei der Umsetzung von Ziel 5 große Lücken bestehen. Und obwohl die Agenda 2030 in einer engen Verbindung zu den 10 Resolutionen der Agenda zu Frauen, Frieden und Sicherheit steht – fehlt zudem die politische Kohärenz. Um dauerhaften Frieden zu erreichen, muss sich die Bundesregierung nun endlich engagiert dafür einsetzen, dass Ziel 5 sowie Ziel 16 zu „Friedlichen und inklusiven Gesellschaften“ ein integraler Bestandteil des dritten Aktionsplans wird. Insbesondere appellieren wir dafür, dass die geschlechterspezifischen Indikatoren zu Partizipation und Prävention systematisch verankert werden.

EU-Ratspräsidentschaft

Deutschland muss auch im Rahmen der anstehenden EU-Ratspräsidentschaft einen deutlichen Schwerpunkt auf Frauen, Frieden und Sicherheit setzen. Auch hier gilt: Ohne Gleichberechtigung, kein Frieden. Eine enge Zusammenarbeit mit der EU Task Force zu Frauen, Frieden und Sicherheit ist hierbei extrem wichtig. So muss die Teilhabe von lokalen Aktivist*innen an allen politischen Prozessen als obligatorisch etabliert werden. Nur so

² Birkenkötter, H., Köhler, G. and Stock, A. (2019) “A Tale of Multiple Disconnects: Why the 2030 Agenda Does Not (Yet?) Contribute to Moving German Gender Equality Struggles Forward.” UN Women Discussion Paper Series No. 29. New York: UN Women.

können Mehrfachdiskriminierung und Benachteiligung in friedenssichernden Maßnahmen institutionell abgebaut werden. Aktuell nutzt die Bundesregierung jedoch ihren wirtschaftlichen und politischen Einfluss nicht ausreichend, um Frauen und andere marginalisierte Gruppen aktiv in politische Prozesse miteinzubinden. Im Gegenteil, die Bundesregierung kommt ihren Pflichten innerhalb und außerhalb der EU nicht angemessen nach, Frauen und Mädchen vor struktureller Gewalt und Ausbeutung zu schützen. Die Aussetzung der europäischen Seenotrettung sowie auch das unzureichende Engagement für einen würdigen Umgang mit Menschen in Flüchtlingsunterkünften innerhalb der EU und an den EU-Außengrenzen machen dies deutlich.

Zur aktuellen Lage im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen

Die Umsetzung der Frauen, Frieden und Sicherheit-Agenda zielt ausdrücklich darauf ab, Krieg und gewaltsame Konflikte zu vermeiden und Kriegsleid zu beenden. Die am 7. Mai 2020 verpasste Chance des UN Sicherheitsrats, eine von Deutschland angestoßene und von Frankreich eingebrachte Resolution zu verabschieden, in der auch ein weltweiter Waffenstillstand gefordert wird, besorgt uns sehr - auch, weil die Agenda zu Frauen, Frieden und Sicherheit nicht als transformatives Instrument gesehen wurde. In diesem Zusammenhang fällt der Blick unmittelbar auf die deutsche Rüstungspolitik. Deutschland sollte unbedingt eine stärkere Kontrolle über Rüstungsexporte ausüben und den Kampf gegen illegalen Waffenhandel verstärken. Des Weiteren ist uns ein Umdenken und Umsteuern in der Sicherheitspolitik wichtig, wenn es darin um wichtige Zuordnungen wie „Hard Security“ und „Soft Security“ geht. „Soft Security“, welche die gesundheitliche, wirtschaftliche und politische Sicherheit einzelner Personen in den Fokus stellt, kommt zu kurz. Wir fordern die Bundesregierung daher auf, einen deutlichen Schwerpunkt auf den Zugang zur Gesundheitsversorgung, zu natürlichen Ressourcen, zu Bildung und politischer Partizipation zu legen. Dies sind unabdingbare Voraussetzungen für eine friedenssichernde Politik, zu der sich die Bundesregierung verpflichtet hat.

Abschluss

Zum Schluss möchten wir uns für die generationsübergreifende Arbeit zu Frauen, Frieden und Sicherheit innerhalb der Bundesregierung sowie in der Zivilgesellschaft, und bei den bekannten und unbekanntem Akteur*innen bedanken.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.